

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

23.7.1921 (No. 169)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruhe  
Stroße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonton:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur:  
E. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

**Preis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gebotene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen und Kontraktbeständen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interzent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### „Fliegende Händler“ und Umsatzsteuer.

In der Presse wird darüber geklagt, daß die sogenannten fliegenden Händler, insbesondere auf dem Lande, dem ansässigen Gewerbetreibenden empfindliche Konkurrenz machen, ohne daß sie zur Umsatzsteuer herangezogen werden. Die Beamten der Polizei und Gendarmerie sind angewiesen, diese „wildfliegenden Händler“ scharf zu kontrollieren, ob sie zur Umsatzsteuer herangezogen sind.

#### Die Lebensmittelteuerung und die Regierung.

Das Gewerkschaftsstatut in Karlsruhe hat nach einer Mitteilung des „Volkstreuers“ der Regierung eine Mahnung wegen der schamlosen Preise für Obst und Gemüse und der kommenden unerhörten Verteuerung des Brotes geschickt. Das Gewerkschaftsstatut gibt darin der Meinung Ausdruck, daß die Erzeuger und Konsumentenorganisationen sofort zu einer Konferenz zusammenzutreten sollen, um die notwendigen Schritte zu beschließen, welche geboten erscheinen, der Preissteigerung des Volkes Einhalt zu tun.

Gegen die Einberufung einer solchen Konferenz ist nichts einzuwenden, wer aber glaubt, damit einen Damm gegen die augenblicklich in die Erscheinung tretende Teuerungswelle aufzurichten zu können, der verkennt die maßgebenden Sachumstände völlig. Wer sich auf dem Lande umgesehen hat, wird wissen, daß die jetzt seit Wochen anhaltende Sturzflut des Wachstums von Gemüse und Kartoffeln sehr stark beeinträchtigt. Im Flachlande badens hat man es mit Sandböden zu tun, welche der Sonnenhitze wenig Widerstand leisten können. Mit der Ästernte steht es im allgemeinen nicht besser. Freilich bleibt tief zu bedauern, daß gerade in Mittelbaden von der verhältnismäßig geringen Ernte ein erheblicher Teil in den Brennfaß wandert. Ein Versuch des Reichsfinanzministeriums, der häufig auf Steuerhinterziehung arbeitenden Kleinrentner in Baden durch zahlenmäßig starke Einschränkung der Brennfaß-Einkauf zu gebieten, fand im Reichstag nicht genügende Unterstützung. Abgesehen hiervon sind für die Entwicklung auf dem Lebensmittelmarkt augenblicklich ganz andere Faktoren maßgebend.

Zur Erfüllung der Sanktionen durch das Reich muß die Reichsbank seit einigen Wochen den Devisenmarkt stark in Anspruch nehmen.

Wer an Wörten Geschäfte macht, sucht nun die starke Nachfrage des Reiches nach Devisen für sich auszunützen. Die Folge davon ist, daß der Dollar im Kurse stark angezogen, während die deutsche Mark scharf herunterging. Lebensmittel und Rohstoffe, die vom Ausland herein müssen, steigen infolge der Kursverluste deutscher Papiere mächtig im Preis. Zeitlich fällt diese für die deutsche Wirtschaft nachteilige Erscheinung mit der Ankündigung starker Steuererhöhungen zusammen. Der Reichsfinanzminister sieht sich im Hinblick auf die Milliardenleistung an die Entente genötigt, neue Steuererhöhungen vorzulegen, die bereits ihre Schatten insofern vorauswerfen, als die Besitzer von Waren die neu in Aussicht stehenden Steuerlasten bereits in den Warenpreis hineinkalkulieren.

Damit aber ist das Unglück leider noch nicht vollkommen. Der bisher in Deutschland gehaltene politische Brotpreis kostete dem Reich im letzten Jahre etwa 10% Milliarden M. Der Reichstag beschloß, die Zuschüsse des Reiches hierfür abzubauen, wodurch eine 40prozentige Mehl- und Brotpreis-erhöhung eintritt.

Vor solchen Erscheinungen in der allgemeinen Volkswirtschaft stehen augenblicklich alle europäischen Länder mit schlechten Valutaverhältnissen. Die Reparationskommission soll bereits als Gegenpiel der Spekulation der Währungs sich mit der Frage beschäftigen, die zum 31. August fällige Goldmilliarde zu einem späteren Termin entgegenzunehmen, um eine weitere Verwirrung auf dem Devisenmarkt vorzubeugen. Aber ganz abgesehen hiervon wird die Preislinie für Lebensmittel und Rohstoffe durch die Annäherung des Getreidepreises an den Weltmarktpreis auf eine höhere Stufe gelangen. Eine Entwertung der Kaufkraft der Mark in der Binnenwirtschaft tritt damit ein. Und diese Entwertung läßt sich nicht, wie offenbar im Karlsruher Gewerkschaftsstatut angenommen worden ist, durch neue Experimente in der Preisbildung für einzelne Waren aufhalten. Gätte nicht eine katastrophale Trockenheit die Produktion an Gemüse und schnellverderblichen Ernährungsmitteln so ungeheuer stark be-

einträchtig, wäre also das Angebot solcher Nahrungsmittel entsprechend stark, oder könnten mit einer besseren Kaufkraft der deutschen Mark ähnliche oder gleiche Nahrungsmittel in starkem Maße vom Auslande eingeführt werden, dann ließe sich die Anregung des Gewerkschaftsstatuts mit Erfolg verwerten. Die Lösung des Problems muß also von einer ganz andern Seite aus angefaßt werden.

Die zentrale Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands hat sich bereits in Erwartung der beträchtlichen Erhöhung der Lebenskosten auf den Standpunkt der ausgleichenden Erhöhung der Löhne gestellt. Es wurde dabei daran erinnert, daß schon am 1. April 1921 von Arbeitgeberseite bei einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne zugesagt worden ist. Dazu kommt die durch Sanktionen und Steuerdruck verursachte Verschlechterung der Kaufkraft des deutschen Geldes, sodaß Reich, Staat und Gemeinde wie das Unternehmertum ganz allgemein an einen Ausgleich dieser Schäden durch Erhöhung der Arbeitnehmerbezüge denken müssen. Die Auffassung, nicht Lohnerhöhung sondern Herabsetzung der Lebensmittelpreise, ist somit ein nicht erreichbares Ziel. Wenn die Zeit hierfür gekommen, wenn die Sanktionen auf die deutsche Wirtschaft nicht mehr so sehr drücken, wenn ein Ausgleich in der Preisgestaltung für deutsche und ausländische Waren stattgefunden hat, dann erst wird die rückläufige Bewegung in der Preisgestaltung einsehen. Man mag das bedauern, ändern aber läßt sich das nicht, insbesondere deswegen nicht, weil das Reich diesen Leidensweg zu gehen sich entschlossen hat, um sich aus den Fesseln der Knechtschaft der Entente zu befreien. Ob diese Fesselnarbeit gelingen wird, oder ob es hierbei einen neuen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und des Reiches gibt, das läßt sich nicht ohne weiteres übersehen.

Eine Verständigung hierüber muß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen wie bisher auf direktem Wege erfolgen, wenn dabei etwas herauskommen soll.

#### \* Politische Streiflichter.

Die Kreise der Großindustrie sind jetzt in Deutschland die ausschlaggebenden. Die letzten voranzig Jahre schon stand die ganze auswärtige Politik des Reiches im Dienste der Industrie- und Handelsmagnaten, nicht Deutschlands Wohl war maßgebend, sondern der Profit, den jene Konfortien machten oder noch zu machen hofften — siehe Marokko! — In rückwärtslosester Weise die Kriegsnot auszunützen, haben Berliner Geschäftskreise es verstanden, durch die Schaffung aller der verschiedenen in Berlin konzentrierten Zentralstellen das ganze innerdeutsche Wirtschaftsleben unter ihre Kontrolle und in ihre Gewalt zu bringen, und die Folge wird sein, daß nach dem Kriege der jetzt schon in kümmerlicher Not sich fristende Mittelstand verschwinden und eine Vertrottung eintreten wird, weit schlimmer wie in Amerika! Diese Worte stammen nicht etwa aus der Feder eines linksstehenden Parteipolitikers, sondern sie sind entnommen einem Briefe, den der frühere Kronprinz von Bayern, Ruprecht, im Juli des Jahres 1917 geschrieben hat. Wenn man diese seine Zeilen noch ergänzt durch die Feststellung, daß in den anderen führenden Staaten, so vor allem in Österreich-Ungarn, Frankreich, England, Rußland und Italien die auswärtige Politik genau so im Dienste eigenmächtiger Interessen stand, so hat man die beste Erklärung für den Ausbruch des Weltkrieges in der Hand. Rücksichtsloses Streben nach Bereicherung ist es gewesen, welches jene Atmosphäre erzeugte, die Europa das Unwetter des Krieges beschert hat. Es ist erfreulich, daß gerade ein deutscher Fürst diese Erkenntnis ausspricht. Bei ihm richtet sich allerdings der ehrliche Vorn vor allem gegen die Industrie- und Handelsmagnaten des eigenen Landes. Und so wahr eine Befundung der weltpolitischen Verhältnisse nur dadurch erfolgen wird, daß ein jedes Volk zunächst seine eigenen inneren Schäden kuriert, so wahr hat Kronprinz Ruprecht in seinem Brief gesprochen. Historischen Wert erhält seine Äußerung, wie der Gesamthalt des Briefes, dem sie entnommen ist, dadurch, daß diese Erkenntnisse bereits im Juli 1917 niedergeschrieben worden sind, also zu einer Zeit, als unsere Oberste Heeresleitung noch völlig unbeherrschbar war, und erst im Parlament sich langsam die Überzeugung von der Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses (siehe Friedensresolution des Reichstags) durchdrang. Der wahre Zustand unserer damaligen Lage konnte nicht

besser gekennzeichnet werden, als es in dem Brief des bayerischen Kronprinzen geschieht. Leider stand damals aber die öffentliche Meinung unter dem diabolischen Druck der Beeinflussungsmethode des Kriegspresseamtes. Nur Wenigen ist es damals vergönnt gewesen, Einblick in die wirkliche Lage zu gewinnen. Bedauerlich bleibt es, daß Disziplin und Disziplin diese Wenigen gezwungen hat, in der Öffentlichkeit zu schweigen. So ist eine der größten Kulturnationen, mißleitet durch seine herrschenden Schichten, blindlings ins Unglück gerannt. Die Legende vom „Dolchstoß“ aber wird zur vollendeten Sinnlosigkeit, wenn man diesen Brief des Kronprinzen Ruprecht liest.

Genau so wie in Deutschland, gibt es bekanntlich auch in anderen Ländern jene extrem nationalistische Richtung, die den Begriff der Vaterlandsliebe zur Manomanie entarten läßt und mit ihren wilden Gebärden den Frieden im Innern und nach außen ständig aufs Spiel setzt. Am tollsten treibt es zurzeit diese Richtung in Italien. Dort haben kürzlich die Faschisten — so nennen sich in Italien die Anhänger des extremen Nationalismus —, mit Maschinengewehren, Handgranaten und Revolvern ausgerückt, die Stadt Treviso erobert, die Polizei überwältigt, die Merikalen und republikanischen Zeitungen zerstört und in der Nacht auf den Straßen regelrechte Schlachten geliefert. Gottlob haben wir Deutsche nicht das heiße Blut der Italiener und gottlob gibt es bei uns genügend moralische Gemmungen, die derartige Unternehmungen so gut wie ausschließen. Daß es aber auch bei uns „Faschisten“ gibt, deren Phantasie dauernd mit Erregten der Gewalttätigkeit spielt, beweist die Rekläre gewisser alldeutscher Hegeorgone täglich von neuem. Und so hat denn dieser Tage ein Mann, der sonst von den extrem-nationalistischen Gaisporen als Held und Führer reklamiert wird, nämlich Ludendorff, es für seine Pflicht gehalten, bei dem Stichtagsfest des Vereins deutscher Studenten in München mit sehr entschiedenen Worten vor dem Geiste der Disziplinlosigkeit zu warnen. Ludendorff sagte: „Man neß zu oft in den Reiben des deutschen Volkes, vor allem auch in den Reihen der deutschen Studentenschaft, sei die Grundvorsatzung für alles andere. Sie fehle heute noch stark und noch schlimmer werde es werden, wenn aus den Reihen der Studentenschaft erst einmal die alten Kriegsteilnehmer verschwinden seien. Darum könne er sich nicht mit zukunfts-frohen schönen Worten an die Versammelten wenden, sondern nur mit schmerzlicher Sorge. Diese Sorge müsse einmal offen ausgesprochen werden. Wenn man sich darüber hinwegtäusche, leiste man dem Vaterlande einen schlechten Dienst.“ Wie die Zeitungsberichte melden, haben diese Worte bei den Zuhörern Verblüffung hervorgerufen. Offenlich finden sie die Beachtung, die sie verdienen. Denn mag man auch sonst über Ludendorff denken, wie man will, in diesem Punkte hat er zweifellos Recht. Und gerade die Vertreter jenes fort-betrachtendes Studententums sollten sich die Worte Ludendorffs recht ernsthaft zu Gemüte führen.

Der „Vergisch-Märkischen Zeitung“, die neulich ihre Feier zur Steuerabgabe gegenüber dem Reiche aufforderte, ist nach den Presseberichten jetzt einer der beiden Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrats, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Braun gefolgt. In einer Versammlung seiner Parteigenossen in München besprach er die kommenden Steuererhöhungen und rief bei dieser Gelegenheit aus: „Sie, als Deutsche und Bayern, müssen erklären: Bei einer solchen Politik tun wir nicht mit! Wir werden uns niemals einer solchen Besteuerung unterwerfen!“ Ist eine solche Äußerung schon unter allen Umständen zu verwerfen, weil sie in einer Zeit, die nachgerade genug an Überspanntheiten und Verirrungen leidet, zu geflohen Handlungen ermutigt, so klingt sie aus dem Munde des Herrn von Braun besonders fatal, weil er zu jenen Männern gehört, die dafür verantwortlich gemacht werden, daß das deutsche Volk ohne die notwendige wirtschaftliche Vorbereitung in den Krieg zog und vier Jahre des Hungers erleiden mußte. In einem Buche „Kann Deutschland durch Hunger besiegt werden?“, das in großer Auflage im Oktober 1914 verbreitet wurde, schrieb Herr von Braun, daß wir jeder Zeit genug Brotgetreide aus dem Auslande bekommen würden. Ohne jede Schönfärberei lasse sich feststellen, daß wir uns vor dem Schreckgespenst

Mit einer Beilage: 49. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

des Ausgehenswerdens nicht zu fürchten brauchen, denn wenn sich auch unser bisheriger Verbrauch an Lebensmitteln etwas einschränken muß, so darf doch nicht übersehen werden, daß sich gerade auf diesem Gebiet der Mensch nach der Dede streckt, und daß unsere Dede im Lauf der Jahrzehnte recht groß und behäbig geworden ist, so daß es uns gerade nichts schadet, wenn sie zeitweilig etwas beschnitten wird.

An die Darlegungen seines Buches wird Herr von Braun jetzt in der Presse erinnert. Und man wird das verstehen können, wenn man hört, daß dieser selbe Politiker neuerdings Reden hält, die wahrlich nicht minder zum Unglück für unser Volk ausschlagen können.

## Kommunalpolit. Rundschau.

Hilfsmaßnahmen für Kleinrentner.

Von Beigeordneten Dr. Wilden, Düsseldorf.

KK. Zur Linderung der Not der Kleinrentner sind in Düsseldorf zwei Stellen eingerichtet worden, eine amtliche beim städtischen Wohlfahrtsamt und eine private in der Form einer eigenen Organisation der Kleinrentner. Beide Stellen wirken in gemeinschaftlicher Arbeit und ergangen sich gegenseitig. Dank dieser Verbindung von Gemeindefürsorge und Selbsthilfe stehen sich in Düsseldorf bereits wirksame Maßnahmen durchzuführen. Diese stellt eine Denkschrift zusammen, die das Wohlfahrtsamt der Stadt Düsseldorf veröffentlicht hat und die die verschiedenen Möglichkeiten beurteilt und deren Durchführbarkeit prüft. Eingehend behandelt die Denkschrift den Verkauf von Hausgerät und Wertgegenständen der Rentner unter Mitwirkung der Stadt sowie die Frage der Leibrentenversicherung, wobei sie freilich zu dem Ergebnis kommt, die Selbsthilfe für geeigneter zu halten als die Gemeindefürsorge. Die Einrichtung der Selbsthilfe besteht aus einer Vereinigung der Rentner, an deren Spitze sich der frühere Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Wilhelm Marx, gestellt hat, dem in der Form eines Beirates eine Reihe von Damen und Herren zur Seite stehen. Die Vereinigung hat eine Geschäftsstelle errichtet, die nicht nur unmittelbar den Bedürfnissen der Mitglieder dient, sondern den Verkehr mit den Behörden und anderen Stellen regelt. Die Geschäftsstelle wird von den Beteiligten sehr stark benutzt und hat durch ihr Eingreifen schon viel Gutes geleistet und erreicht. In wirksamer Weise ist bei der Hilfe des Landesfinanzamts tätig, das es übernommen hat, den Beteiligten in allen Steuer- und Vermögensangelegenheiten helfend und ratend zur Seite zu stehen. Diese Mitwirkung des Landesfinanzamts hat sich als sehr fruchtbringend erwiesen, da erfahrungsgemäß gerade auf dem Gebiete des Steuerwesens den Kleinrentnern große Schwierigkeiten erwachsen sind. Der Vereinigung ist es gelungen, größere Spenden wohlthätiger Bürger zu erlangen, mit deren Hilfe durch einen sogenannten Wohlfahrtsauschuß Beihilfen in Notfällen gewährt werden. Mit diesem Ausschuss steht das Wohlfahrtsamt in enger Verbindung, so daß sowohl die privaten als auch die öffentlichen Fürsorgemittel den Kleinrentnern in einer Form zugänglich gemacht werden, die auf die Verhältnisse der Kleinrentner Rücksicht nimmt. Die Stadtvorordnetenversammlung hat einen städtischen Ausschuss eigens für die Angelegenheiten der Kleinrentner berufen und beim Wohlfahrtsamt eine besondere Abteilung eingerichtet, was sich als sehr zweckmäßig erwiesen hat. Um den meißens aus dem Stande der Gewerbetreibenden, Kaufleute usw. hervorgegangenen Kleinrentnern wieder Gelegenheit zur Beschäftigung zu geben, wodurch sie ihre Einkünfte vermehren können, hat das Wohlfahrtsamt den Kaufleuten, Industriellen und Gewerbetreibenden der Stadt empfohlen, geeignete Arbeiten den Rentnern zuzuwenden. In Betracht kommen namentlich Buchführung, Kostenberechnung und schriftliche Arbeiten aller Art. Die Vermittlung geschieht durch eine Abteilung beim städtischen gemeinnützigen Arbeitsnachweis, der ein Beirat aus Kleinrentnern zur Seite steht. Die Stadt hat ferner, um den Rentnern die Möglichkeit zu geben, sich mit der neueren Steuerbekämpfung vertraut zu machen und ihre Kenntnisse in der Buchführung zu erweitern, einen Lehrgang für diese Gegenstände eingerichtet, der sehr stark von Rentnern besucht wird. Für Rentnerinnen und deren weibliche Angehörige ist ebenfalls eine Abteilung beim Arbeitsnachweis eingerichtet, die die Vermittlung zur Ausführung von feineren Näharbeiten und Stickerien, Wäscheanfertigung usw. übernommen hat. Welche Einrichtungen haben sich bewährt und sollen weiter ausgebaut werden. Die Wirksamkeit des Wohlfahrtsamtes hat sich noch infolgedessen als zweckmäßig ergeben, als hierdurch die amtlichen Kreise auf die große Notlage, in der sich viele Rentner befinden, aufmerksam geworden sind und ihrerseits sich bemühen, zu helfen. Wenn infolgedessen auch manches erreicht ist, so herrscht doch allenthalben Einmütigkeit darin, daß eine durchgreifende Hilfe nur mit Reichs- und Staatsmitteln geleistet werden kann und daß es vor allem notwendig ist, bei der Steuererhebung auf die Verhältnisse der Kleinrentner und Pensionäre Rücksicht zu nehmen.

An dieser Hinsicht sind ersichtlich bereits Fortschritte zu verzeichnen, wenn sie auch im allgemeinen noch nicht ausreichen. Der Reichswirtschaftsminister hat neuerdings seine Aufmerksamkeit ebenfalls der Notlage der Kleinrentner und Pensionäre zugewendet und in einer Verfügung die Gemeindeverwaltungen auf die Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung der notleidenden Rentner, Pensionäre und Witwen bei der Verteilung des billigen Schulwerks für die minderbemittelte Bevölkerung oder bei der Verteilung von Waren aus der Legitimationsverwaltung hingewiesen. Je mehr die Öffentlichkeit mit der Not der Kleinrentner bekannt gemacht wird, desto eher ist auf Hilfsmaßnahmen zu rechnen. Deshalb sollten namentlich die Gemeinden sich der Angelegenheit mit besonderem Nachdruck widmen.

## Politische Neuigkeiten.

Die Entente und Oberschlesien.

London, 22. Juli. Ein diplomatischer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung bleibt bei ihrer energisch ausgesprochenen Überzeugung, daß die Frage von Oberschlesien, der Sanktionen am Rhein u. Kriegsbeschädigten ohne weitere Verzögerung verhandelt werden soll. Verschiedene Punkte der Reparation dulden keinen weiteren Aufschub. Es wäre unglücklich, alle Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich zu verheimlichen. Nach der Auffassung der britischen Regierung kann die Lage nicht so bleiben, da das äußerste wichtige Problem durch eine Art passive Resistenz von Seiten Frankreichs aufgehalten wird. Aber die

Galtung der britischen Regierung wird möglicherweise noch heute vom Kabinett beschlossen werden.

London, 22. Juli. Im Unterhaus erklärte Lloyd George auf die Anfragen einiger Abgeordneter, er könne über die Aufhebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vor dem Zusammentritt des Obersten Rates keine Erklärung abgeben. Auch zur Lösung der oberschlesischen Frage könnte kein Schritt erfolgen vor dem Zusammentritt des Obersten Rates, der noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen bilde.

Paris, 22. Juli. „Chicago Tribune“ meldet aus London, dort ziehe man jetzt die Möglichkeit in Betracht, daß Truppen nach Oberschlesien geschickt werden müssen, und zwar deshalb, weil es, wenn die Franzosen mit unbeschränktem Einfluß allein in Oberschlesien walten, zu Herausforderungen komme und dadurch eine Lage geschaffen werden könne, die zu einem weit erweiternden Streit führen würde. Man gab sich keine Mühe mehr, zu verbergen, daß Frankreich und England vor einer ersten Meinungsverschiedenheit über die Politik gegen Deutschland ständen. Nach englischer Ansicht würden die Franzosen alles tun, was in ihrer Macht stehe, um Deutschland zu einem Anstand zu zwingen und so weitere Gebietsveränderungen ihrerseits zu rechtfertigen. England sei, wie man erklärt, entschlossen, sich in ein derartiges Vorgehen nicht hineinziehen zu lassen.

London, 22. Juli. Briands Antwort läßt die Londoner Argumente unverändert. Die Presse, die sich zumeist des eigenen Urteils enthält, unterstützt die Regierung fast ausnahmslos durch energische Darlegung der offiziellen Auffassung. „Daily Chronicle“ kündigt an, man werde an der Forderung einer sofortigen Entscheidung festhalten. Der Pariser Korrespondent der „Times“ empfiehlt ein Kompromiß. „Daily Chronicle“ verteil offenbar den offiziellen Standpunkt, indem er sagt, daß die französische Truppenabzug Polen zu Unruhe ermuntern, eine deutsche Gegenaktion und schließlich die Pariser Forderung auf die Besetzung des Ruhrgebietes verurteilen könnte. Bestrebend erregt die französische Mitteilung, daß Briand morgen seinen Urlaub antreten müsse, weshalb keine Sitzung des Obersten Rates vor dem 15. August stattfinden könne. Eine offiziöse Auktion bezeichnet diese Pariser Haltung laut „Daily Telegraph“ als passive Resistenz. Im Prinzipiellen dürfte London fest bleiben. (Frankf. Ztg.)

Breslau, 20. Juli. Über die Verteilung der französischen und englischen Truppen in den Kreisen an der polnischen Grenze Oberschlesiens werden von einem deutschen Vertrauensmann, der seinen eigenen Augenzeugen die Tatsachen nachprüfen konnte, folgende Angaben gemacht: Die Franzosen haben die Kreise Breslau, Kattowitz, Königs- hütte und Hindenburg zur Besetzung und Säuberung zugeweiht erhalten. Sie haben in den Kreisen Pleß und Rybnik nur die Stadt Rybnik, das Schloß des Fürsten Pleß und die Stadt Nikolai mit zusammen etwa 350 bis 400 Mann besetzt. Gemäßliche Orte des flachen Landes und sämtliche kleineren Grenzorte sind unbesetzt geblieben. Im Kreise Kattowitz ist die gesamte französische Truppenmacht in der Stadt Kattowitz selbst konzentriert. Die Orte Myslowitz, Schoppinitz, Boguskiütz, Koszin und Laurahütte sind mit keinem einzigen Soldaten besetzt worden. Es sind diejenigen Orte, in denen die Insurgenten noch die größte Macht ausüben. Auch im Kreise Königs- hütte liegt nur eine Kompanie in der Stadt Königs- hütte selbst. Im Kreise Hindenburg ist dann das Gros der französischen Truppen in Hindenburg zusammengezogen, während im überwiegend deutschen Kreise Gleiwitz eine ansehnliche Truppenmacht steht, und die rein deutsche Stadt Oppeln mit französischen Soldaten überfüllt ist. Von einer Absperrung der polnischen Grenze kann östlich Kattowitz und Königs- hütte keine Rede sein, da dort überhaupt keine Franzosen mehr liegen. Die Engländer haben von den Grenz- kreisen Lublinitz und Tarnowitz zugeweiht erhalten. Dort ist eine Sperrung der polnischen Grenze ziemlich weitgehend durchgeführt. Die Engländer haben auch eine ganze Reihe von Orten mit Truppen besetzt, so von Süden her angefangen Groß-Dombroska, Charle, Radzionow, Tarnowitz, Georgenberg, Walsin, Cochegin, Boronow, Serb, Lublinitz und Schirotau. Außerdem ist in Deutchen eine starke Truppen- menge stationiert und verschiedene kleinere Orte des Hinter- landes sind ebenfalls besetzt worden. Die Engländer haben auf diese Weise tatsächlich versucht, die Säuberung torrefakt durchzuführen und dabei auch Erfolge gehabt. Sie werden von den überzeugten Insurgenten geradezu mit Haß aufge- nommen.

## Eine Rede des Reichsministers d. Innern.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ äußerte sich der Reichsminister des Innern Dr. Grodner über die Lage in Oberschlesien. Der Minister sagte u. a., er teile die Auffassung des Reichslanzlers, die dieser einem amerikanischen Journalisten gegenüber über den Zusammenhang der Entscheidung der oberschlesischen Frage und der Lage der Reichsregierung dargelegt habe.

Nur eine baldige Entscheidung, fuhr der Minister fort, kann großes Unheil verhüten. Die gegenwärtige Lage in Oberschlesien ist ohne Zweifel sehr kritisch. An einen neuen Zustand könnte nur ausbrechen, wenn Frankreich ihn will und bereitsteht. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Entscheidungen, über die die letzte französische Note sich bezieht, darum, daß die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens gegen weitere polnische Angriffe nicht gänzlich wehrlos sein soll. Es muß dringend gewünscht werden, daß die Deutschen in Oberschlesien während der hinfällig nur kurzen Frist bis zur Entscheidung Ruhe bewahren, damit nicht durch irgendwelche unüberlegte Handlungen ein Vorwand für die französisch-polnischen Pläne geschaffen wird. Für den Fall der Entscheidung in Oberschlesien muß dafür gesorgt werden, daß alsbald die deutsche Verwaltung in vollem Umfange arbeitsfähig eingesetzt wird und die dazu erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Gegen etwaige polnische Gewaltpläne müßte auch die Reichswehr in genügender Stärke anstelle der abziehenden alliierten Truppen am Platze sein. Aus oberschlesischen Kreisen wurden mir vereinzelt Mitteilungen gemacht, daß dort eine gegen die deutsche Regierung und Verfassung gerichtete Aufschauerei seitens der in der Auflösung begriffenen Selbstschulformationen bestehe. Meines Erachtens müssen diese Vorgänge sehr aufmerksam verfolgt werden. Ich glaube aber, daß alle führenden Männer, die im Selbstschutz gearbeitet haben, keinen Anlaß zu solchen Besorgnissen geben. Vielmehr dürften es einige abenteuerliche Unterführer sein, die mit ihren Leuten im Lande umherziehen und das Gefahrenmoment bilden. An eine größere und gut organisierte Gefahr ist bei einer Abwägung aller dortigen so chaotischen Verhältnisse nicht zu glauben. Jedenfalls ist die Reichsregierung gegen etwaige derartige Pläne voll auf der Höhe.

Der Minister erwähnte dann einige Gesekentwürfe, die zurzeit in seinem Ressort ausgearbeitet würden oder bereits fertig vorlägen. Das Reichsschulgesetz, das dem Reichstag bereits zugegangen sei, sei bestimmt, den jetzigen unhaltbaren

Zuständen auf dem Gebiete des Schulwesens entgegenzutreten. Es handele sich hier um eine durchaus loyale Ausführung des Schulkompromisses der Reichsverfassung. Die gegen das Gesetz erhobenen Angriffe verfehlten ihr Ziel, wenn sie sich nicht gegen die Verfassung selbst, gegen den vorliegenden Entwurf wendeten. Ein Gesekentwurf über die Lehrerbildung könne wegen der Schwierigkeiten der Finanzlage den gesetzgebenden Körperschaften noch nicht vorgelegt werden. Im Herbst würde eine Vorlage über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Entwurf eines Reichskriminal- polizeigesetzes an den Reichstag kommen. Ein Gesekentwurf über den Vollzug des Artikel 18 der Reichsverfassung, der das Verfahren bei der Änderung von Ländergebieten oder bei der Neubildung von Ländern regelt, sei im Ministerium fertiggestellt. Das Abstimmungsverfahren werde sich im wesentlichen den Bestimmungen des Gesetzes über die Volksentscheid angeschlossen. Von weiteren gesetzgeberischen Vorklagen, die in Bearbeitung seien, erwähnte der Minister eine Abänderung des Reichswahlgesetzes, ein Gesetz über das Reichsverwaltungsgericht und die allgemeine Regelung des Reichsbeamten- und Disziplinarrechts.

## Kurze polit. Nachrichten.

Paris, 22. Juli. Briand erklärte dem „Journal“ über den gestrigen Besuch des Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Klotz habe ihm befriedigende Nachrichten über den Stand der Entwaffnung in Deutschland gegeben. Der Kontrollkommission wird durch die deutschen Behörden jede erwünschte Erleichterung gegeben. Die Waffen würden gut abgeliefert. Deutschland besitze keine schwere Artillerie mehr.

New York, 22. Juli. (Reuter.) Ein Banksyndikat bewilligte einen Kredit von 9 Millionen Dollar für Getreideexportierungen nach Deutschland. Dem Vernehmen nach läuft der Kredit drei Monate.

Berlin, 22. Juli. Über die deutsche Ausfuhr liegen nunmehr die Abschlußziffern für das Jahr 1920 vor, wonach die Ausfuhr im reinen Warenverkehr (ohne Gold und Silber) im vorigen Jahre 69,3 Milliarden betragen hat. Hieran entfielen auf den Dezember vorigen Jahres 7,8, das sind 1,1 Milliarde mehr als im November 1920. Die Werte der Einfuhr sind für das Jahr 1920 noch nicht festgelegt.

Berlin, 22. Juli. Der beim Reichsministerium für Wiederaufbau bestehende Reichsbeirat für Reparationsfragen trat heute unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Rathenau zusammen. Die Tagung wurde durch längere vertrauliche Ausführungen des Reichsministers eingeleitet. Er schilderte den Gang und den Stand der derzeitigen Verhandlungen über die Finanzierung der Reparationslieferungen und ihre Bewertung. Er erläuterte die Ziele, die durch die Beendigung betreffend Anforderung von Warenlieferungen für den Wiederaufbau verfolgt werden. Soweit die Bestellungen auf Reparationswaren nicht auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen Verkäufer und Käufer unmittelbar erfolgen, werden Leistungsverträge in Tätigkeit treten. Ihre Aufgabe wird es sein, die Lieferungen, deren Umfang sich übrigens erst nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen überblicken lassen wird, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Länder und Landestelle sowie der Berufsgruppen aufzubringen. Ein Zusammenfluß der Leistungsgruppen soll auf dem Wege der Selbstverwaltung die Entgegennahme, Aufstellung und Durchführung der Aufträge sichern. In der Aussprache ergab sich allgemeines Einverständnis mit den Auffassungen und Absichten des Ministeriums. Der Minister schloß mit Worten des Dankes und mit der Bitte an den Beirat, dem Wiederaufbauministerium weiterhin beratend zur Seite zu stehen.

Berlin, 22. Juli. Nach Pressemeldungen soll der U-Bootskommandant Käsig in Dänemark angeblich wegen einer dort begangenen polizeilichen Übertretung von der dänischen Polizei verhaftet worden sein. Das Auswärtige Amt hat sofort die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen angewiesen, festzustellen, wie der Sachverhalt ist.

Berlin, 22. Juli. Zur Linderung der durch die drohende Missernte stark verschärften wirtschaftlichen Notlage des russischen Volkes sind, wie in anderen Ländern auch in Deutschland Bestrebungen im Gange, um eine schnelle und großzügige Hilfsaktion zu veranstalten. Auch die Reichsregierung wird dieser Aktion jede mögliche Unterstützung und Förderung gewähren.

Wien, 22. Juli. Gegenüber der Meldung einer Korrespondenz vom Scheitern der Aktion des Wälderbundes in der Frage der Kreditgewährung an Österreich, stellt die „Neue Freie Presse“ fest, daß an hiesiger informierter Stelle vor derartigen Ereignissen nichts bekannt ist.

London, 22. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage, ob die englische Regierung Bestellungen auf neue Großschiffe machen werde, bevor das Ergebnis der Verhandlungen wegen der Abrüstung zur See bekannt sei, erklärte Lloyd George, die Regierung habe die Verpflichtung, veraltete Schiffe zu ersetzen. Die Admiralität habe die Pflicht dafür zu sorgen, daß die Marine über erstklassiges Material verfüge. Der Ersatz von veralteten Schiffen werde vom Erfolg oder Misserfolg der Washingtoner Konferenz nicht berührt.

London, 22. Juli. „Daily Chronicle“ meldet über die italienischen Verhandlungen, Lloyd George habe de Balcera erklärt, wenn Südland und Nordland in konstitutioneller Weise, d. h. unter Benützung der durch das Homologengesetz geschaffenen Möglichkeiten das gleiche Ansuchen stellen, so werde die Regierung durch ein Abänderungsgesetz im Norden wie im Süden eine Dominionregierung nach südafrikanischem Muster errichten. Nur ein Vorbehalt werde gemacht, daß militärische Einrichtungen dem Reich und nicht wie in Südafrika den Dominionen unterstehen.

London, 22. Juli. Reuter meldet aus Washington, Staatssekretär Hughes hatte eine neue Besprechung mit dem japanischen Botschafter über die Abrüstungskonferenz. Man glaubt, daß die Besprechung die Vorbereitungen für eine offizielle Erklärung zum Gegenstand hatte, in der die amerikanische Haltung zur Frage des fernen Ostens dargelegt wird.

## Badische Übersicht.

50. Geburtstag des Staatspräsidenten Dr. Trunk.

Am morgigen Sonntag begeht der badische Staatspräsident Gustav Trunk seinen 50. Geburtstag. Aus diesem wichtigen Anlaß gedenken, weit über den engern Kreis seiner politischen Freunde und Mitarbeiter hinaus, die badischen Staatsbürger in dankbarer Anerkennung des Mannes, der aus ihrer Mitte

emporgewachsen ist, heute an der Spitze des badischen Landes steht und damit die höchste Stelle im Staate bekleidet.

Sein Entwicklungsgang ist der folgende: Gustav Krunk ist am 2. Juli 1871 in Waldprechtsweiler bei Kallstadt als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Nachdem er die Volksschule besucht überfiedelte er nach Sasbach in die Kendersche Anstalt, woselbst er 6 Jahre verblieb. Dann ward er 3 Jahre lang Schüler des Gymnasiums in Kallstadt.

Nach dem Abiturium setzte er mit dem Studium der Rechtswissenschaften auf der Universität Heidelberg und später in Berlin ein. Als Gustav Krunk die zweite juristische Staatsprüfung abgelegt, ließ er sich in Karlsruhe als Rechtsanwalt nieder und erlangte bald eine größere Praxis. Er bekümmerte sich auch intensiv um das politische Leben der badischen Hauptstadt und schloß sich frühzeitig der Zentrumspartei an. Diese erkannte in ihm den gewandtesten Politiker, den schlagfertigsten Agitator, den klugen Kaktiker und übertrug ihm nach einander leitende Stellen in der Partei. Vor mehr als 10 Jahren wurde er deshalb auch in den Stadtrat von Karlsruhe delegiert.

Als im November 1918 die Revolution in Baden ausbrach, griff Gustav Krunk zu den mutigen Männern, welche sich an die Spitze der neuen Verhältnisse stellten und dafür Sorge trugen, daß unser Land Baden der größeren innerpolitischen Erschütterungen bewahrt blieb. Man erkannte auch allseitig die gute Eignung des heutigen Staatspräsidenten zu einer führenden Rolle in der vorläufigen Reichsregierung an und übergab ihm das damals gewiß nicht leichte Amt eines Ernährungsministers. Diesem wurde er — wie wiederholt sein mag — in jener überaus schwierigen Zeit, in welcher noch die Notlage bestand und der Mangel an Lebensmitteln überaus groß war, in vollem Maße gerecht.

Als nach Annahme der Verfassung die eigentliche Regierung gebildet wurde, betraute man Gustav Krunk mit dem verantwortlichen Amt eines Justizministers, dem er noch heute vorsteht. Bei der im Sommer 1920 erfolgten Vereinfachung der Staatsverwaltung und bei der Verminderung der Zahl der Minister auf 5 erfolgte die Wahl Krunks zum Staatspräsidenten. Als solcher hat er sich durchaus bewährt, indem er bestrebt ist, die Ansehnlichkeit der herantretenden Verpflichtungen im vollen Maße zu erfüllen.

Wenn es der Regierung des badischen Staates und damit auch dem ganzen Lande verdonnt war, ohne schwere Erschütterung in ruhiger, steter Arbeit am Wiederaufbau unseres weiteren und engeren Vaterlandes mitzuwirken, so ist das nicht zuletzt das Verdienst des jetzigen Staatspräsidenten. Seine politische Begabung, gepaart mit vorbildlicher Arbeitskraft, sein reiches Wissen und seine allseitig anerkannte Sachlichkeit befähigen ihn, in herbortragendem Maße die Geschäfte des Staates an erster Stelle zu leiten.

Das gesamte badische Volk überbringt deshalb morgen dem badischen Staatspräsidenten die besten Wünsche zu seinem 50. Geburtstag!

### Angebliche Äußerungen des Arbeitsministers bei der Textilarbeiterbewegung.

Arbeitsminister Dr. Engler hat der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ die folgende Richtigerklärung zugehen lassen:

In Nr. 166 der „Arbeiter-Zeitung“ wird berichtet, der Textilindustrielle Jeanmaire hätte in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie mitgeteilt, ich hätte gelegentlich der Streitgespräche in der Textilgewerbe gesagt: „Wir müssen arbeiten bis zum Anbruch der Dunkelheit, wenn wir unsere Wirtschaft wieder hochbringen wollen.“

Auf die von der „Arbeiter-Zeitung“ gestellte Frage, ob ich diese Äußerung bei dieser oder bei einer anderen Gelegenheit getan habe, kann ich mit einem glatten Nein erwidern; ich habe niemals weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach etwas Ähnliches gesagt. Von Herrn Jeanmaire war eine Erklärung noch nicht zu erhalten, von einem andern Sitzungsteilnehmer wurde mir mitgeteilt, Herr Jeanmaire hätte gesagt, ein Angehöriger der dem Arbeitsminister unterstellten Lechwerke hätte eine solche Äußerung getan, weil dort nur einige Wochen gearbeitet werden kann.

### Zur Frage der Überführung von Kriegerleichen

hat der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Lewald in der Reichstagsitzung vom 14. Juni 1921 folgende Ausführungen gemacht:

Um ein Urteil über die Frage der Rückführung deutscher Kriegerleichen aus dem Ausland nach der Heimat gewinnen zu können, muß man sich gegenwärtigen, wie die Verhältnisse auf diesem Gebiete tatsächlich liegen.

Mehr als eineinhalb Millionen deutscher Krieger sind außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs in fremder Erde gebettet; sie ruhen in Massengräbern, die in der ehemaligen Kampfzone liegen, oder in Einzelgräbern, die in der Mehrzahl in Soldatenfriedhöfen zusammengefaßt und nur zum kleineren Teil im Kampfgebiet oder außerhalb desselben verstreut sind.

Die Ausgrabung ist bei Massengräbern aus geschlossenen, da die Ruhe der anderen Toten nicht gestört werden darf und die Identität fast nie festzustellen ist. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den großen Soldatenfriedhöfen, insbesondere auf dem westlichen Kriegsschauplatze, die zum größten Teile erst jetzt durch Umbettungen der vereinigten beiderseitigen Krieger entleert sind. Nach der langen Zeit, die seit den Kämpfen vergangen ist, ist es nicht immer möglich gewesen, die sterblichen Überreste eines jeden einzelnen mit Sicherheit festzustellen. Bei der weit geringeren Zahl von Gräbern, die einzeln oder auf Friedhöfen außerhalb des Hauptkampfgebietes liegen, würde eine Heimführung in vielen Fällen an sich wohl möglich sein. Der Durchführung stehen aber in erster Linie die Kosten entgegen, die für Sargbeschaffung, Ausgrabung, Beförderung usw. insgesamt entstehen. Sie betragen zum Beispiel bei einer Überführung von Nordfrankreich nach Berlin für einen Transport etwa 20 000 M. Nur die begüterten Kreise der Bevölkerung würden dazu in der Lage sein, während die weniger bemittelten Deutschen auf die Heimführung ihrer Toten verzichteten müßten. In dieser das tiefste Gemütsgefühl der Hinterbliebenen berührenden Frage sollte es einen Unterschied zwischen arm und reich nicht geben. Der Ort, wo ein Krieger gefallen und bestattet

ist, ist sein Ehrengrab. Diese Auffassung herrscht in weiten Kreisen des Volkes. Ein Vergleich mit Frankreich zeigt, infolgedessen einen grundlegenden Unterschied, als in Deutschland nur etwa 90 000 französische Krieger ruhen, die in der Gefangenschaft gestorben und in friedensmäßig hergerichteten Einzelgräbern bestattet sind.

Alle diese Umstände sprechen gegen die Reize näherer Führungen und haben es rasch erscheinen lassen, Zurückhaltung in dieser Frage zu üben. Die Reichsregierung hat daher bisher keine Verhandlungen darüber mit den Entente-Staaten angeknüpft. In Brüssel beginnen Besprechungen mit Vertretern der Entente über die gegenseitige Kriegsgräberfürsorge. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Reizeüberführungen zur Erörterung kommen.

### Aufgefundenes Geld.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Es wurde aufgefunden am 30. Juni auf dem Bahnhof Oberkirch eine Kasse mit 48 M.; im Monat Juli: am 1. im Zug 335 ein Wappchen mit 20 M., abgeliefert in Heidelberg; am 2. im Zug 742 ein Geldbeutel mit 10,82 M., abgeliefert in Mannheim; am 4. im Zug 922 ein Taschentuch mit 5,50 M., abgeliefert in Baden-Dos; auf dem Bahnhof Landa ein Geldbeutel mit 13,60 M., auf dem Haltepunkt Mannheim Hof ein Geldbeutel mit 6,50 M.; am 5. auf dem Bahnhof Himmelreich ein Geldbeutel mit 6,65 M.; am 6. auf dem Bahnhof Basel Bad. eine Briefkassette mit 100 M.; am 7. im Zug 489 ein Geldbeutel mit 29,75 M., abgeliefert in Weiskirchen; am 8. im Zug 1050 ein Handtäschchen mit 42,40 M., abgeliefert in Schwetzingen; am 9. im Zug 1629 ein Geldbeutel mit 15,95 M., abgeliefert in Säckingen; am 10. im Zug 993 ein Geldbeutel mit 25,10 M., abgeliefert in Heidelberg; im Zug 1820 ein Geldbeutel mit 20,80 M., abgeliefert in Weiskirchen; am 12. auf dem Bahnhof Denslingen der Betrag von 10 M.; auf dem Bahnhof Mannheim ein Geldbeutel mit 7,60 M.; am 13. auf dem Bahnhof Konstanz ein Geldbeutel mit 11,90 M.; am 14. im Zug 902 ein Geldbeutel mit 22 M., abgeliefert in Mühlheim.

### Handelskammer Karlsruhe.

Das Badische Unterrichtsministerium hat der Handelskammer Karlsruhe den Entwurf einer neuen Prüfungsordnung für Handelslehrer zur Begutachtung vorgelegt. Danach sollen die Prüfungsbedingungen wesentlich verschärft werden. Es wird das Reifezeugnis einer neunklassigen höheren Lehranstalt verlangt und die Zahl der vorgeschriebenen Hochschulsemester auf sieben erhöht. Während einer einjährigen praktischen Tätigkeit in einem Geschäftsbetriebe soll gleichzeitig eine staatsliche oder städtische Handelsschule an zehn Wochenstunden besucht werden. Die Prüfung soll fortan in eine Fachprüfung (Wirtschaftswissenschaften und Pädagogik) und eine Sonderprüfung (Recht, oder Sprach- oder Naturwissenschaften) zerfallen. Jeder Kandidat muß sich neben der Fachprüfung mindestens einer Sonderprüfung unterziehen. Die Handelskammer Karlsruhe stellte sich, wie uns von ihr geschrieben wird, in ihrer letzten Vollversammlung auf den Standpunkt, daß der Entwurf im Vergleich zu der theoretischen Ausbildung auf das praktische Können der Handelslehrer nicht genug Gewicht legt. Sie hält eine zweijährige praktische Tätigkeit für unerlässlich und ist ferner der Ansicht, daß diese praktische Ausbildung nicht durch den Besuch der Handelsschule unterbrochen werden dürfe, daß dieser vielmehr in eine andere Zeit verlegt werden müsse. — In der gleichen Vollversammlung befaßte sich die Kammer mit der Bildung eines Ausschusses zur Behebung der Arbeitslosigkeit bei der Eisenbahngeneraldirektion, dessen Aufgabe es sein soll, die einschlägigen Maßnahmen kritisch zu verfolgen und Anregungen auf diesem Gebiete zu geben. Sie entsandte in den Ausschuß ihren Syndikus Dr. Krienen und beauftragte zum Stellvertreter Brauereidirektor Schrempf. — Die Handelskammer zu Bozen bittet die deutschen Handelskreise, die Einfuhr von Südtiroler Wein, im Hinblick auf die großen Absatzschwierigkeiten, zu unterstützen. Der Handel und Konsum ein Interesse an der Einfuhr dieser billigen Weine haben, und die Wiederanbahnung von Handelsbeziehungen mit Tirol sich auch aus politischen Gründen empfiehlt, wird die Handelskammer Karlsruhe beim Reichsministerium beantragen, daß die Tiroler Weine bei der nächsten Kontingenterteilung der Weineinfuhr in angemessener Menge berücksichtigt werden. Dem heimischen Weinbau erwächst daraus ein bestimmter Schaden, weil eine Erhöhung der feststehenden Gesamteinfuhrmenge von Auslandswein nicht in Frage kommt. — Für den 1. Oktober ist die Aushebung der Kirchenhandelsbesenstellen für Textilwirtschaft in Stuttgart geplant. Da mit der Auflösung dieser Stellen nicht etwa der Fortfall der Außenhandelskontrolle verbunden ist, wohl aber für die fortan nach Berlin zu richtenden Aus- und Einfuhrgehälter sich erfahrungsgemäß die Gefahr einer Verkleinerung ergibt, tritt die Handelskammer Karlsruhe dafür ein, daß im Interesse von Süddeutschlands Handel und Industrie die Stuttgarter Stelle solange bestehen bleibt, als die Reichs-nieder für Textilwirtschaft in Berlin noch besteht.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 21. Juli. Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Stadtrat und den Lichtspieltheatern zu einer vorläufigen befriedigenden Einigung geführt hat, werden die Theater am kommenden Freitag wieder geöffnet werden.

DZ. Freiburg i. Br., 22. Juli. Von morgen an wird Kalbfleisch zum Breiten das Pfund für 12 Mark, Kalbfleisch ohne Knochen für 17 Mark, Hammelfleisch zum Breiten für 11 Mark und zum Einmachen für 10 Mark das Pfund verkauft werden. Kalbfleischschmied ohne Knochen 20 Mark das Pfund.

DZ. Konstanz, 21. Juli. Der Chefredakteur der „Konst. Nachr.“, August Albert, verließ am gestrigen Tage Konstanz, um nach seinem neuen Wohnort, nach Furtwangen, übersiedeln. Über acht Jahre hat Chefredakteur Albert die „Konstanzer Nachrichten“ geleitet, für die sein Weggang ein empfindlicher Verlust ist.

### Aus der Landeshauptstadt.

Der Kleinrentnerbund Karlsruhe veranfaßt von jetzt ab regelmäßig alle drei Monate, und zwar jeweils am zweiten Mittwoch des Vierteljahres, Mitgliederversammlungen, um dauernd in engerer Fühlung mit den Mitgliedern zu kommen, die stets über alle Vereinsangelegenheiten auf dem Laufenden zu halten und ihnen Gelegenheit zur Aussprache über Gegenstände von allgemeiner Bedeutung zu geben. In der ersten sehr stark besuchten Versammlung dieser Art berichtete der Vorsitzende, Redigialrat Dr. Blume über die Tätigkeit des Vorstandes in den abgelaufenen Monaten. Von besonderem Interesse war dabei die Mitteilung, daß die badische Regierung nunmehr ernstlich beabsichtigt, die Mittel und Wege zur Wahrung der Notlage der Kleinrentner zu finden und zu diesem Zweck in den letzten Tagen in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag die Summe von 10 000 Mark angefordert

hat. Auch auf dem Gebiete der Selbsthilfe ist ein Fortschritt dadurch erzielt worden, daß der Kleinrentnerbund in Gemeinschaft mit dem Bad. Frauenverein, dem Evangel. Frauenbund, dem Kathol. Frauenbund und der Frauengruppe des D. O. B. das Wohlfahrtsunternehmen: die „Frauenhilfe“ mitgegründet hat, um den sehr zahlreichen weiblichen Vereinsmitgliedern durch Anfertigung von Handarbeiten die Möglichkeit zu einem Erwerb zu verschaffen. Ferner wurden die Mitglieder auf das neue Wohnungsabgabengesetz vom 26. Juli d. J. und die darin vorgesehenen, namentlich auch den Kleinrentnern zugute kommenden Vergünstigungen aufmerksam gemacht. Ein Vereinsmitglied warnte vor vielfach schwindelhaften Zeitungsanzeigen, in denen hoher Verdienst bei geringer Arbeit, besonders hohe Zinsen bei der Darlehensgewährung und dergl. versprochen wird, und empfahl dringend, sich hierauf nur nach vorausgegangener Verlässlichkeit beim Vorhandensein des Kleinrentnerbundes einzulassen. — Der Verein zählt bis jetzt 340 Mitglieder; diese Zahl hat für eine Stadt von dem Umfange Karlsruhes und im Vergleich mit anderen Orten verhältnismäßig noch sehr gering. Der Vorsitzende nahm daher Veranlassung, den Mitgliedern die Anwerbung weiterer Mitglieder im Interesse der Sache dringlichst ans Herz zu legen. Wenzl Stimmen verhallen unerhört, aber hunderttausend Stimmen kann die Regierung nicht überhören oder zum Schweigen bringen. Jeder Rentner, jede Rentnerin, in Stadt und Land muß organisiert sein, d. h. dem deutschen Rentnerbunde angehören! Darum wecket für unseren Bund! Werbet! Werbet! Die nächste Versammlung findet am 12. Oktober statt.

Na. Bei der Errichtung elektrischer Starkstromanlagen wird als Warnungszeichen gegen die Verührung von Hochspannungsanlagen nach den vom Verband Deutscher Elektrotechniker herausgegebenen Vorschriften ein roter Blitzpfeil verwendet. Das städtische Elektrizitätsamt macht nun darauf aufmerksam, daß in den Zeitungen in letzter Zeit vielfach dieses oder ähnlich geformte Zeichen bei Anzeigen aller Art als Reklame Anwendung finden und spricht die Befürchtung aus, daß auf diese Weise das Publikum an den Anblick dieses Blitzpfeiles als an etwas nichts Außergewöhnliches gewöhnt wird, wodurch natürlich die beabsichtigte Wirkung dieses Zeichens als Warnungszeichen wesentlich beeinträchtigt und abgeschwächt wird. Aus diesem Grunde wird dringend gebeten, in Zukunft die Verwendung des roten Blitzpfeiles zu Reklamezwecken im Interesse der Allgemeinheit zu unterlassen.

Wichtig für Kriegsschadliche! Wir weisen auf das Inserat im Anzeigenteil, monach die Deutschen orthopädischen Werke Berlin, die bisher unter dem Namen Lehrbetrieb gehörten orthopädischen Betriebe in Karlsruhe, Ettlingen, Freiburg, Mannheim und Konstanz rückwirkend ab 1. Juli 1921 von den Lehrbetrieben für Industriearbeiter G. m. b. H. in Liquidation, Karlsruhe i. B., käuflich erworben haben. Die Orthopädischen Werkstätten werden in unbedingter Art weitergeführt und die bisher geschaffenen wertvollen Neuerungen auf dem Gebiete der Orthopädie ausgebaut. Die Kriegsschadlichen werden daher weiterhin ohne Verzögerung mit orthopädischen Hilfsmitteln beliefert.

### Staatsanzeiger.

#### Bekanntmachung.

Auf Antrag der Technischen Aufsichtskommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Hehlensvereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen wird der Hehlensapparat Modell B O mit 1 Kilogr. Karbidfüllung der Firma Müllerwert Apparatebau Berg-Grabbach bei Mühlheim gemäß § 12 und 14 der Hehlensverordnung vom 23. Oktober 1914 unter der Typennummer J 61 und A 47 in jederzeit widerruflicher Weise für Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 19. Juli 1921.

#### Badisches Arbeitsministerium.

Der Ministerialdirektor.

J. A. Dr. Ing. Rihmann.

Höher.

### Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten.

#### Aus dem Bereich des Justizministeriums.

##### Planmäßig angestellt:

die Aufseher: Franz Hintermayer, August Ihle, Karl Megerle, Adolf Kirshin beim Zuchthaus Bruchsal, Friedrich Jakob Walz, Leopold Jungkind bei der Landesstrafanstalt Bruchsal, Anton Kern, Otto Reinmuth beim Landesgefängnis Mannheim, Josef Döller, Friedrich Klamm, Franz Fuchs beim Landesgefängnis Freiburg, Jakob Hanfert, Franz Keller, Wilhelm Eim, Peter Schindwein beim Amtsgefängnis I Karlsruhe, Emil Schmidt beim Amtsgefängnis II Karlsruhe, Richard Sulzer, Josef Ruf beim Amtsgefängnis III Karlsruhe, Heinrich Friedenauer beim Amtsgefängnis Durlach, Alfons Weber beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstanz, Albert Kaiser, Heinrich Seger beim Amtsgefängnis Lörrach, Friedrich Hagelstein und Otto Schmitt beim Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg;

die Aufseherinnen: Ida Dager, Emma Reit, Wilhelmine Gabel, Emilie Keller, Helene Wittenmann bei der Landesstrafanstalt Bruchsal, und Elise Reit beim Amtsgefängnis II Karlsruhe.

##### Ernannt:

die Kanzleigebühren: Jakob Roth beim Landgericht Konstanz, Oskar Weber beim Amtsgericht Mannheim und Erwin Danquard beim Amtsgericht Mannheim zu Kanzleihilfsrenten.

##### Befördert:

die Oberjustizsekretäre: Johann Meißel beim Amtsgericht Mühlheim zum Amtsgericht Forstheim und Hermann Kaiser beim Notariat Mannheim V-VIII zum Amtsgericht Mannheim, Justizassistent Wilhelm Bischoff beim Amtsgericht Mannheim zum Notariat Mannheim V-VIII.

#### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

##### Ernannt:

Hauptlehrer Wilhelm Schade an der Volksschule in Forstheim zum Taubstummenlehrer an der Taubstummenanstalt in Gerlachsheim.

##### Befördert:

Taubstummenlehrer Leo Wannenmacher an der Taubstummenanstalt in Gerlachsheim an jene in Weersburg.

##### Zuruhegesetzt:

Geh. Hofrat Albert Haas, Direktor des Realgymnasiums mit Realschule in Weinheim, auf Ansuchen.

##### Kath. Kultus.

Seine Erhellung der Herr Erzbischof hat unterm 9. Juli d. J. den Wirklichen Geistlichen Rat Dr. August Ouber zum Domkapitular an der Dom- und Metropolitankirche in Freiburg ernannt.

**Ämtliche Bekanntmachungen.**  
**Bekanntmachung.**

**Die Bekämpfung der Ruhr betr.**  
Das Auftreten von Ruhrerkrankungen gibt Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:  
Die Ruhr (Dysenterie), auch rote Ruhr genannt, entsteht durch Ansteckung mit bestimmten Krankheitskeimen (Shigellen), die mit den Darmentleerungen ausgeschieden werden. Zur Übertragung der Krankheit genügen selbst Spuren der Ausscheidungen. Gelangen diese auf Leib- und Bettwäsche, Kleider, den Fußboden, die Sitzbretter von Aborten, Türgriffe, an Tis- und Trinkgeschirre, in Nahrungsmittel, z. B. in Milch, auf Obst, Gemüse, Salat oder dergleichen, so können sie leicht von anderen Personen aufgenommen werden, die dann ebenfalls an Ruhr erkranken. Auch Fliegen können Ruhrkeime verschleppen.  
Die Krankheitserscheinungen der Ruhr bestehen in Leibschmerzen, heftigem, schmerzhaftem Stuhlorang, sowie häufigen wässrigen, mit Schleim und Blut gemischten Ausleerungen. Dabei besteht meist geringes Fieber, das aber auch fehlen kann.  
Die Krankheit dauert in leichten Fällen wenige Tage, in schwereren bis zu mehreren Wochen. Die schwersten Fälle können in wenigen Tagen tödlich verlaufen.

Für den Verlauf der Krankheit ist das Verhalten des Kranken entscheidend. Wer die beschriebenen Krankheitserscheinungen an sich bemerkt, muß sobald wie möglich den Rat eines Arztes einholen. Selbst Schwerkranken können durch rechtzeitige ärztliche Hilfe oft gerettet werden. Fälle von Ruhr oder Ruhrverdacht müssen innerhalb 24 Stunden bei Straßvermeiden dem Bezirksamt angezeigt werden.  
Die richtige Pflege eines Ruhrkranken, die für den Krankheitsverlauf ausschlaggebend ist, ist zu Hause nur schwer durchführbar. Aus diesem Grunde, und um seine Angehörigen vor der Gefahr der Ansteckung zu schützen, soll jeder Ruhrkranke ein Krankenhaus aufsuchen. Ist die Überführung des Kranken in ein Krankenhaus ausnahmsweise nicht möglich, so muß er in einem besonderen Zimmer der Wohnung untergebracht werden. Ruhrkranke dürfen die Aborte nicht benutzen, sondern müssen für ihre Entleerungen leicht zu reinigende Gefäße bekommen. Die Entleerungen in den Gefäßen müssen nach Anweisung des Arztes desinfiziert werden, ehe sie beseitigt werden. Die Desinfektion kann z. B. mit Kalkmilch vorgenommen werden. 1 Teil gelöschter Kalk wird mit 3 Teilen Wasser gemischt und mit dieser Mischung werden die Ausleerungen übergossen. Nach 2 Stunden ist die Desinfektion beendet. Auch die Wäsche, Kleider und Gebrauchsgegenstände der Kranken, sowie das Krankenzimmer nach Ablauf der Krankheit sind nach ärztlicher Anweisung desinfizieren zu lassen. Wer einen Ruhrkranken, seine Wäsche oder sein Bett berührt hat, muß sich sofort gründlich die Hände waschen, am besten mit einer desinfizierenden Lösung (z. B. Sublimat 1:1000). Im Krankenzimmer soll man Speisen und Getränke niemals zu sich nehmen.  
Vor Ansteckung mit Ruhr kann man sich durch richtiges Verhalten mit großer Sicherheit schützen. In Zeiten, in denen Ruhr herrscht, sollen keinerlei ungekochte Nahrungsmittel, wie frisches Obst, Salat usw. genossen werden. Auch vor nicht einwandfreiem Wasser muß man sich hüten. Vor jeder Mahlzeit sollen die Hände gründlich gewaschen werden. Genussmittel sind möglichst fliegenschon aufzubewahren, die Fliegen zu vernichten. Die Sitzbretter von Aborten und Türringen sollen öfters desinfiziert werden. Auch anscheinend leichte Verdauungsstörungen müssen durch zweckentsprechendes Verhalten möglichst bald ausgeheilt werden. Wird eine der oben von der Ruhr beschriebenen Krankheitserscheinungen bemerkt, so muß sofort der Arzt um Rat gefragt werden. Auch längere Zeit nach der Genesung können die Darmentleerungen den Ansteckungsstoff noch enthalten. Ebenso können Personen, die mit Ruhrkranken oder durch Krankheitserreger beschmutzten Gegenständen in Berührung gekommen sind, den Ansteckungsstoff ausscheiden, ohne daß sie selbst an Ruhr erkranken. Ist solches durch eine bakteriologische Untersuchung festgestellt, so bilden Personen dieser Art eine große Gefahr für die Umgebung. Ihre Stuhlentleerungen sowie ihre Leib- und Bettwäsche sind daher in gleicher Weise wie die der Kranken zu desinfizieren, bis auf Grund weiterer bakteriologischer Untersuchungen festgestellt ist, daß keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. Außerdem sollen sich Personen der genannten Art nach jeder Stuhlentleerung ihre Hände gründlich reinigen, da sonst der Ansteckungsstoff auf Nahrungsmittel oder andere Gegenstände übertragen werden kann.

Ruhrleiden sind in jedem Fall in mit einer desinfizierenden Lösung getränkte Tücher einzuschlagen und alsbald einzufargen. Wo eine Leichenhalle vorhanden ist, sind sie so bald als möglich in diese überzuführen, wo eine solche fehlt, in einem abgeschlossenen Raum des Sterbehauses bis zur Beerdigung eingesperrt aufzubehalten. J. 288  
Karlsruhe, den 19. Juli 1921. O. 3. 106  
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

**Straßensperre.**  
Zwecks Vornahme von Dampfholzarbeiten wird die Kreisstraße Nr. 11, Rinkenheim-Rußheim, auf der Strecke von km 5.000 bis 5.652, d. i. im Ort Riedelsheim, in der Zeit vom 25. Juli bis 3. August d. J., vor morgens 6 bis abends 7 Uhr, für Fußwege gesperrt. J. 289  
Zwischenhandlungen werden gemäß § 366, 10 A. StraßB mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.  
Karlsruhe, den 22. Juli 1921. O. 3. 107  
Bezirksamt.

**Fachkundigen Vertreter**  
(möglichst Elektrotechniker) für einige  
**Spezial-Konstruktionen**

von großer Eisenkonstruktionswerkstätte und Apparatebauanstalt in Weiskalen für den Bezirk Baden, 21 möglichst Karlsruhe, gesucht.  
Vertrau, die bei staatlichen und städtischen Behörden, Elektrizitätswerken und in der Industrie gut eingeführt sind, wollen Angebote einreichen unter Nr. 454 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Möbel - Ausstellung**  
Äusserst billige Angebote. Unverbindliche Besichtigung lohnend u. erwünscht.  
Auf ein in meinem Schaufenster soeben **ausgestelltes Schlafzimmer**  
erlaube ich mir aufmerksam zu machen.  
**Holz - Gutmann**  
Kaiserstraße 109 Telephon 401

Soeben erschienen:  
**Indexziffern im Inland u. im Ausland**  
Eine kritische Studie von Regierungsrat Dr. Emil Hofmann  
127 Seiten. Preis 20 Mark.  
Inhaltsverzeichnis: Allgemeines — Indexziffern von Calver / Elsaß / Günther / Berechnungen von Kuczynski / Silbergleit / Indexziffern von Schmitz / Sauerbeck / Amsterdam / Basel / Bern / Indexziffern Haag / Halle / Hannover / Teuerungszahlen Leipzig / Indexziffern Ludwigshafen / Mannheim / Berechnungen Nürnberg / Indexziffern Straßburg / Stuttgart / Wien / Zürich / Frankfurter Zeitung / Londoner Zeitung The Times / Neue Zürcher Zeitung / Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik / Teuerungszahlen der deutschen Gemeinden / Indexziffern der deutschen Gemeinden / des statistischen Reichsamts / im österreichischen Volkswirt / Economist / Boar of Trade (Labour Gazette) / Zeitschrift für schweizerische Statistik / Amerika / Kanada / Frankreich / Italien / Spanien / Schweden / Dänemark / Finnland / Niederlande / Tschechoslowakei / Australien / Japan / Schlußbemerkungen.  
Allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Reichs- und Staatsbehörden, Kommunalverwaltungen, Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenorganisationen, Handelskammern, Handwerkskammern, Fabrikbetrieben, Handelsunternehmungen, Rechtsanwälten usw., die sich mit Preisbewegung, Teuerungszahlen, Kosten der Lebenshaltung, Existenzminimum, Ortsklasseneinrichtung, Lohnfragen, Gehaltsbemessung usw. zu befassen haben, wird dieses Standard- und Nachschlagewerk, dem dauernd Wert beizumessen ist, höchst willkommen sein.  
Bestellungen übernimmt jede Buchhandlung und der Verlag  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.**  
Karlriedrichstraße 14.

**Wichtig für Kriegsbeschädigte!**  
Rückwirkend ab 1. Juli 1921 sind die  
**Orthopädischen Werkstätten**  
der Lehrbetriebe f. Industriearbeiter G.m.b.H. in Liquidation  
in Karlsruhe, Moltkestr. 8, Art.-Kas. 50, Kammergebäude 1,  
in Ettlingen, im Versorgungs-Krankenhaus in Ettlingen,  
in Mannheim, Tullastraße 14,  
in Freiburg, Nordkasernen, Wirtschaftsgebäude,  
in Konstanz, Döbelestraße Nr. 7  
in unseren Besitz übergegangen. R. 459  
Als Spezialitäten empfehlen wir insbesondere das äußerst leichte  
**Fournierholz-Kunststein**  
sowie unsere verschiedenen  
**Kunstarme.**  
Im Zusammenarbeiten mit den Fachärzten ist nur erstklassige und rein individuelle Arbeit sichergestellt.  
**Deutsche orthopädische Werke G.m.b.H.**  
Hauptverwaltung  
**BERLIN W. 62, Lutherstraße 22/24.**

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
J. 285.2.1 Eberbach. Das Amtsgericht Eberbach hat folgendes Angebot erlassen: Auf Antrag des Inhabers Robert Frauentshuh in Ludwigshafen, Wilhelm-Buschstr. 3, und der Ehefrau Emma Grün geb. Frauentshuh daselbst, Wäldstraße 20, wird die am 7. Februar 1886 zu Waldshafenbach geborene, verheiratete, ledige Gesellschaftlerin Crescentia Frauentshuh, zuletzt wohnhaft in Paris, aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, den 8. März 1922, vormittags 10 Uhr, bestimmten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls ihre Todeserklärung erfolgen wird. Zugleich werden alle, die Auskunft über Leben oder Tod der Verheirateten zu erteilen vermögen, aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.  
Eberbach, 21. Juli 1921.  
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

**Metallbetten**  
Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.). Nach Rdn a. N. gesucht per sofort.  
**1 tücht. Hausfräulein**  
das perfekt im ganzen Hauswesen ist und gut kochen kann, ferner  
[R. 456]  
**1 tücht. Zweitmädchen**  
in Keinen kinderlosen Billenhaushalt.  
Hoher Lohn und dauernde Stellung. Gest. Offerten möglichst mit Photographie unter R. N. 198 an Rudolf Wöste, Rdn. Bei etwa persönlicher Vorstellung Vergütung der Hin- und Herreise.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Sonntag, den 24. Juli 1921.  
nachm. 2<sup>1/2</sup>, bis 5<sup>1/2</sup>, Mk. 8.70 | abends 6<sup>1/2</sup>, bis 9<sup>1/2</sup>, M. 16.20  
**Die Rose von Stambul.** | **Die Csardasfürstin.**  
**Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“ e. G. m. b. H.**  
Karlsruhe Wilhelmstraße 47  
Postcheckkonto Nr. 10661 | Telephon Nr. 5200  
Bankkonto: Straus & Co. | R. 432  
**Übernahme sämtlicher Erd-, Maurer-, Beton-, Zimmer-, Gipser-, Steinhauer- und Dachdeckerarbeiten**  
unter Zusicherung solider und sauberer Ausführung bei **mäßigen Preisen**. Besonders günstige Bedingungen bei Reparaturen und Umbauten.

**Erich Bühler**  
Bank-Geschäft  
Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz  
empfiehlt sich zur Ausführung von  
**Bank-Geschäften jeder Art**  
zu den billigsten Sätzen. K. 271  
Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme u. bestmögliche Verzinsung v. Spargeldern je nach Kündigungsfrist, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.  
Fachmännische Auskunft u. Beratung — in allen Geld-Angelegenheiten. —

Gegen **Feldmäuse**  
gibt es laut den vielen Gutachten kein zuverlässigeres Radikal - Mittel als  
**Springer's Ia. Saccharin-Strychnin-Haferkern**  
durch und durch vergiftet, reichlich versäuft und mit Witterung versehen, stärkste zulässige Qualität, garantiert 5% Strychnin enthaltend zum Preise von Mark 22.— per Kg., sowie in Packungen von Mark 2.50, 6.— und 12.—. Man lasse sich keine minderwertige Qualität, bei welcher der Kern außen nur schwach vergiftet ist, aufwerfen. K. 349  
**Springer's Phosphoriatwerg** in 10 Kg. Patentimer Mark 9.— pr. Kg., sowie in Dosen zu Mark 2.50, und 5.— ab Fabrik.  
**Chem. Fabrik Anton Springer,**  
Karlsruhe i. B., nur Ettlingerstraße 51. Tel. 2340.  
Leistungsfähigste Spezialfabrik zur Herstellung von Feldmäusevergiftungsmitteln.

**Verstärktere Bekanntmachungen.**  
Hochbauarbeiten für die Erstellung von Abortgebäuden in der Hauptwerkstätte Karlsruhe nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben: Erd- und Maurer-, Kunststeinarbeiten (Betonarme, Pfeiler, Zimmer, Mauerwerk, Dachstuhl, etc.), Schreiner-, Schlosser-, Aufreißer- und Installationsarbeiten. Pläne und Bedingungen auf unse-

rem Baubüro im Hofe des Verwaltungsgebäudes der Hauptwerkstätte, Eingang Wielandstraße, von 8—12 Uhr vormittags zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsordrude. Stein Versand nach auswärts. Angebote beschließen und mit der nötigen Aufschrift bis längstens 9. August 1921, 10 Uhr vormittags, an das Baubüro Hauptwerkstätte einzureichen. J. 286.2.1  
Aufsichtsjahr 3 Wochen, Karlsruhe, 20. Juli 1921.  
Hochbaubüro der Eisenbahngeneraldirektion.